

AStA

Herausgegeben von der Studentenschaft der THD

Zeitung

5.12.88

Nr. 10

ES VERÄNDERT SICH NICHTS
AUSSER WIR TUN ES



"Was wollen Sie ? Für den Erhalt unserer Privilegien müssen wir was tun !!!"

WOHNUNGSDEMO

DI., 13.12., 17⁰⁰ UHR

KAROLINENPLATZ · DA.

Politisches Mandat

Studentische Gremienarbeit oder nicht?

Beteiligung an der Hochschulplanung:
Arbeitsgruppe STOFF

AussiedlerInnen und Kapital

Termine

- Mo 5.12.**
 20.00 Neues Pali "Stormy Monday" mit Sting
 20.30 halbNeun "Beim Funk geht's rund"
 Neue Kleinkunst von den SWF3-Leuten
 21.30 Krone MULTIPLE CHOICE (auch Di; Mi)
- Di 6.12.**
 17.00 Neues Pali "Blues Brothers"
 19.30 Staatstheater El Salvador von Rafael Lima
 Kleines Haus (auch Mi)
- Mi 7.12.**
 20.30 Köhlersaal "GOTT" von Woody Allen; inszeniert vom
 11/283 Schauspielstudio THD (auch 9.12.; 10.12.)
 20.00 Staatstheater TOP GIRLS von Caryl Churchill
 Werkst.bühne
 21.00 Schloßkeller Verant. zu Rassismus und Ausländer-
 gesetzgebung
- Do 8.12.**
 19.00 11/123 Vortrag von Angelika Gunkel (Robin Wood):
 Der tropische Regenwald. Verant. TAT
 20.30 halbNeun Hanns-Dieter Hüsche (auch Fr)
 21.00 Schloßkeller Offener Abend mit Cocktails
 21.00 Bessunger Salsa-Disco
 Knabenschule
 21.30 Krone TARGET (Rock aus Darmstadt; auch Fr)
 23.00 Neues Pali "EASY RIDER"
- Fr 9.12.**
 20.30 Bessunger Kabbaratz: Wirf' noch ne Schaufel Erde drauf
 Knabenschule Kabarett aus Darmstadt
 21.00 Schloßkeller EVOTUNE YA! (Latin Soul)
- Sa 10.12.**
 19.30 Staatstheater Das Ende vom Anfang
 Kleines Haus von Sean O'Casey
 21.00 Schloßkeller REGINA KLEIN BAND (Modern Jazz)
 21.30 Krone THE UNION (Pop-Wave; auch So)
- So 11.12.**
 20.30 halbNeun COLIN WILKIE (English Folk)
- Mo 12.12.**
 21.00 Schloßkeller Fachschaftsfete Maschinenbau
 21.30 Krone STEVE SCONDO & ACHIM GOTTSCHALK
 (Gitarrenabend mit Druck)
- Di 13.12.**
 21.00 Steinbruch MADAM I'M ADAM
 21.30 Krone THE AUDIENCE (Rock; auch Mi)
- Mi 14.12.**
 20.00 Neues Pali "Herr der Fliegen"
 21.00 Schloßkeller "Das isse" Frauengesangstheater-
 revue
- Do 15.12.**
 16.00 Schloßkeller Verleihung des TAT-Förderpreises;
 anschl. Feier 5 Jahre TAT
 20.30 halbNeun H. Pacht und M. Beltz, "Terror,
 Staat und Trauerfeiern" - Ein
 deutsches Drama (auch Fr,Sa;So)
 21.30 Krone THE GLAMOUR GHOULS (Fun-Punk, a.Fr)
- Fr 16.12.**
 21.00 Schloßkeller UWE v. TROTHA Balladen von
 Francois Villon
 21.00 Eladil FrisBeat (rock,blues,funk)
- Sa 17.12.**
 19.30 Stiftskirche Weihnachtskonzert mit Chor und
 Orchester der THD
 21.00 Schloßkeller ULLI GÖTTE QUINTETT (Jazz)
 21.30 Krone GRAND SLAM (Funk,Soul,Rap)
- So 18.12.**
 20.00 Bessunger Schrei doch Puppe! Theatergruppe
 Knabenschule Vim Fatales
 21.30 Krone AMAZONE & BAND (Rock aus Berlin)

VERANSTALTUNGEN
 WILSONS

INHALT:

Veranstaltungskalender.....	S. 2
Vorwort und Kurzmeldungen.....	S. 3
Aufruf zur Demo am 13.12.	S. 4
Wohnen bedeutet: Freiheit in den eigenen vier Wänden.....	S. 5
Das politische Mandat - Knebel wider die freie Meinungsäußerung...S.	7
Offener Brief an das Direktorium des Zentrums für interdisziplinäre Technikforschung (ZIT).....	S. 8
STOFF - zur Infrastruktur der THD.....	S. 10
ASTA-Filmreihe 1988: Iwan der Schreckliche (Teil 1) von Sergej M. Eisenstein.....	S. 12
Eine nationale Aufgabe zur AussiedlerInnenproblematik.....	S. 13
LeserInnenseite (!).....	S. 15
Arbeitsgruppe zu Gen- und Reproduktions- technik.....	S. 16



Impressum:
 Redaktion und V.i.S.d.P.
 AstA der THD. Auflage 1250 Ex.
 Erscheint alle 14 Tage während
 des Semesters.
 Die AstA Zeitung ist Mitgl. d.
 Jungen Presse Hessen. Namentlich
 nicht gekennzeichnete Artikel
 geben die Meinung der Redaktion
 wieder.
 Druck: AstA-Druckerei

Vorwort:

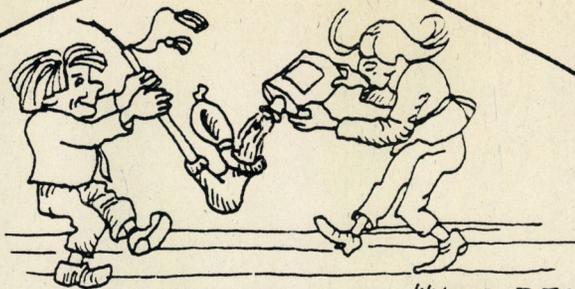
Sei A eine AStA-Zeitung, dann ist das Vorwort V Element von A, und zwar auf Seite drei +++ In der letzten Ausgabe hatten wir von "großen Veränderungen" gesprochen, die sich ankündigten. Hier ein paar zum Anfang: 1. Ab sofort sind die Titelblätter der AStA-Zeitung farbig. Das weniger wegen des poppigen Looks, als vielmehr, weil es der Redaktion die Arbeit beim Auseinanderschneiden der eintausendzweihundertfünfzig Exemplare erleichtert. 2. Brigitte scheidet aus der Redaktion aus (), ihr Nachfolger ist Ingo Schittko aus der Psychologie. 3. In 14 Tagen kriegen wir endlich unsere neue Schreibmaschine. 4. Ab dieser Ausgabe wird die aktuelle Ausgabe der AStA-Zeitung im Gebäude 11 am AStA-Brett ausgehängt. 5. kommt nächstes Mal. +++ Zur Zeitung: Wir machen eine Demo, und zwar am 13.12. Aufruf auf Seite vier +++ Hintergründe zur Wohnungssituation auf Seite fünf +++ Auf Seite sieben berichtet Michael Siebel von den JUSOs über seine Auffassung des Themas "politisches Mandat". Ein entsprechender Artikel der GAFFA war zwar in Aussicht gestellt, aber bis Redaktionsschluß nicht eingetroffen +++ Die Arbeitsgruppe Technikforschung zieht sich aus dem Zentrum für interdisziplinäre Technikforschung (ZIT) zurück. Warum? Auf Seite acht +++ Die STOFF-Gruppe beschäftigt sich mit dem weiteren Ausbau der THD. Beitrag auf Seite zehn +++ Das AStA-Kulturreferat stellt einen weiteren Beitrag zur Filmreihe vor: Eisenstein's "Iwan der Schreckliche". Seite zwölf +++ Zur AussiedlerInnenproblematik ein Artikel ab Seite 13 +++ Auf Seite 15 die versprochene LeserInnenseite: hier werden Standards gefordert +++ und auf Seite 16 endet diese AStA-Zeitung mit einem Aufruf der Arbeitsgruppe Gen- und Reproduktionstechnik +++ Entschuldigung an alle, deren Beiträge wir diesmal nicht drucken konnten: nächstes Mal gibt's die dickste AStA-Zeitung aller Zeiten +++ und bis dahin wünscht schöne Wintertage ---

die Redaktion.

ERITREA - ABEND

Am 03.12.1988, ab 20.00 Uhr im TH-Gebäude 11, Raum 175 veranstaltet der AA-FHD, der AA-THD und NUEJ einen Eritrea-Abend. Das Programm umfaßt ein kleines Referat über das Bildungssystem im befreiten Gebiet Eritreas, eritrische Folklore aus Frankfurt, Musik von der Gruppe ZIKO und Disco. Während der Veranstaltung gibt es außerdem eine Bücherausstellung, Essen, Trinken und viele andere Überraschungen. Solidaritätsbeitrag 4.-

Wohnen ist ein Grundbedürfnis



WIR WOLLEN NICHT LÄNGER TATENLOS ZUSEHEN!

und so sieht Wohnen in Darmstadt aus:

- In Darmstadt fehlen 7000 Wohnungen
- Die einzelnen Wohnungssuchenden stehen sich auf dem Wohnungsmarkt als KonkurrentInnen gegenüber: AusländerInnen, junge Familien, alte Menschen, Obdachlose, Alleinerziehende, StudentInnen, Auszubildende, AsylantInnen, ... spielen sich gegeneinander aus - richtiger - werden gegeneinander ausgespielt!

DIE WOHNUNGSNOT FÖRdert ANGEPAStTE MIETERINNEN UND SICHERT SO DEN PROFIT DER VERMIETERINNEN UND MAKLERINNEN, WELCHE IHRE WUCHERMIETEN UND -GEBÜHREN DURCHSETZEN KÖNNEN!

- Laut staatlicher Berechnung beträgt der Mietanteil 1/4 des Einkommens - In Darmstadt muß dagegen für die Miete häufig bis zu 50% und noch mehr des Einkommens ausgegeben werden.

WUCHERMIETEN BEDEUTEN DEN ZWANG ZU ZUSÄTZLICHER ARBEIT, UM NEBEN DEM GRUNDBEDÜRFNIS WOHNEN AUCH DIE ANDEREN ERFÜLLEN ZU KÖNNEN!

URSACHEN DER WOHNUNGSNOT

Billige Wohnungen werden immer weniger. Dies ist Folge der darmstädter Stadtentwicklungspolitik:

Zum einen werden in Gebieten wie dem Nord-Westen Darmstadts, in sogenannten Mischgebieten (Gewerbe- und Wohnviertel) Wohnungen abgerissen, um Platz für die Ausweitung ansässiger Betriebe, bzw. für die Ansiedlung neuer Betriebe im High-Tech und Dienstleistungsbereich zu schaffen. So geschehen z.B. in der Feldbergstraße, wo Röhm letztes Jahr 50 Wohnungen abreißen ließ.

Auf der anderen Seite werden gerade alte Wohnviertel, wie das Martins- und Johannesviertel luxussaniert: Billiger Wohnraum wird mit Hilfe staatlicher Subventionen in teuren umgewandelt. Diese Wohnungen können sich nun nur noch Menschen mit gehobenen Einkommen leisten: Die alte BewohnerInnenschaft wird verdrängt.

In der Folge wird eine entsprechende neue Infrastruktur geschaffen. Teure Geschäfte und Kneipen siedeln sich an. So wird das passende Schicki-Micki-Flair für die High-Tech und Dienstleistungsbeschäftigten hergerichtet.

Die Stadt erreicht so ihre Ziele: Darmstadt wird innerhalb des Rhein-Main-Gebietes zu einem attraktiven Standort für die moderne Industrie und verdient bestens an den Steuereinnahmen. Außerdem steigert diese Politik die Profite der MaklerInnen und VermieterInnen!

WIR WOLLEN NICHT LÄNGER TATENLOS ZUSEHEN, WIE POLITIK ÜBER UNSERE KÖPFE HINWEG UND GEGEN UNSERE INTERESSEN GEMACHT WIRD!

Diese Demo kann ein Anfang sein. Der Anfang unserer Stärke, wenn wir uns gemeinsam gegen die darmstädter Wohnungspolitik wehren. Wir müssen uns dabei auch gegen die Isolierung der einzelnen Gruppen wehren - nur so haben wir eine Chance gegen die VerursacherInnen: Den Magistrat der Stadt Darmstadt, Köhler, Bachmann, Bußhaus,

WIR FORDERN

- Keinen weiteren Abriß von billigem Wohnraum
- Keine Spekulation mit Wohnraum
- Keine Luxussanierung: Sanierung nur in Zusammenarbeit mit den BewohnerInnen
- Abschaffung des MaklerInnentums und des VermieterInnenunwesens
- Keine Räumung der Fuhrmannstraße 9
- Unterstützung von Selbsthilfe
- Keine Privilegienbildung einzelner Gruppen, z.B. durch den Bau von StudentInnenwohnheimen, sondern billigen Wohnraum für alle
- Keine städtischen Bonbons für die Vermietung von Kellerlöchern und Besenkammern
- Kinder- und lebensfreundliches Wohnen

FÜR EINE STARKE, BUNTE UND LAUTE

WOHNUNGSDEMO
DI., 13.12., 17⁰⁰ UHR
KAROLINENPLATZ - DA.

**ES VERÄNDERT SICH NICHTS
AUSSER WIR TUN ES**

WOHNEN IST EIN GRUNDRECHT

- IN DARMSTADT NICHT!

Wohnen bedeutet: Freiheit in den eigenen vier Wänden

Man/frau hat so eine Vision: Bei Studienbeginn und/oder Veränderung der Lebensbedingungen ist nach viel formalem Kram ein neues Zuhause Ziel der Wünsche. Nach gründlichem Durchdenken der geeigneten Wohnform - sei es Wohngemeinschaft, Untermiete, eigene Wohnung oder ein Zimmer im Wohnheim - Abwägen der äußeren Bedingungen wie Verkehrsnähe zur Uni, Freizeitwert und zuletzt das Wichtigste: der Miethöhe, macht man/frau sich auf die Suche. Nach einigen Tagen, spätestens nach wenigen Wochen hat man/frau das Heim gefunden, das Bedürfnisse und Notwendigkeit subjektiv ideal kombiniert.

Zur Bedeutung des Wohnens für die Studien- und Lebenssituation von Studierenden

Man/frau verbindet mit dem Wort "Wohnen" mehr als "untergebracht" sein oder ein "Obdach haben". "Wohnung" vermittelt Assoziationen von Wärme, Behaglichkeit, Zuhause sein, bei "sich" sein, tun und lassen können (wenn auch in beschränktem Maße), was man will. Die Wohnung wird mehrfach als "zweite Haut" beschrieben, die Spielraum, erweiterten Schutz gibt: Schutz und Spielraum, materielle und soziale Bedürfnisse in persönlicher Gestaltung zu befriedigen. Erst in einem solchen Freiraum, d.h. frei von direkten äußeren Zwängen und frei zum Experimentieren kann sich zudem Persönlichkeit entwickeln (AG Studentisches Wohnen, Bielefeld 1979, S. 20).

In unserer Gesellschaft unterliegt allerdings Wohnraum den Gesetzen des Kapitalwertungsprozesses. Die Wohnung wird zur Ware zwischen Käufern und Verkäufern, wobei dem Verkäufer an hohem Profit gelegen ist. Befriedigung existentieller Lebensbedürfnisse ist somit zweitrangig. Trotzdem ist die Wohnung als Stätte der Reproduktion der Arbeitskraft notwendig. Erfolgreiches Studieren ist abhängig von der Gewährleistung der materiellen Grundanforderungen in bezug auf Größe und Ausstattung der Wohnung, Infrastruktur der Wohnumgebung und von ausreichenden Möglichkeiten der sozialen Kontakte zu den Angehörigen der verschiedenen sozialen Gruppen.

Studentische Wohnformen:

Studentisches Wohnen hat sich in den letzten 30 Jahren sehr gewandelt. War früher zur Untermiete wohnen die gängigste Wohnform (früher 50 %, heute 15 %), so steht heute eine eigene Wohnung an erster Stelle (früher 5 %, heute 40 %). Bei den Elternwohnern (früher 40 %, heute 20 %) und den Wohnheimbewohnern (früher 5 %, heute 14 %) ist ebenso eine Veränderung feststellbar. Bemerkenswert an dieser Stelle ist übrigens, daß männliche Studierende häufiger bei den Eltern wohnen als weibliche, Studentinnen dagegen häufiger als ihre Kommilitonen mit ihrem Partner zusammen in einer eigenen Wohnung wohnen. Diese Entwicklung hat sich in den letzten fünf Jahren noch verstärkt.

Insgesamt ist festzustellen, daß auch nach den Erhebungen des Deutschen Studentenwerks Wunsch und Wirklichkeit der Wohnform weit auseinanderliegen. Gerade die Hälfte der Studierenden, die bei den Eltern oder zur Untermiete wohnen, wünschen auch diese Wohnform. In überwiegendem Maße (ca. 78 %) wird die eigene Wohnung oder Wohngemeinschaft bevorzugt.

Gründe der Wohnungsnot der Studierenden:

Aus der allgemeinen Entwicklung der Studierendenzahlen, die sich gegenüber früher vervielfacht und die Ein-Millionen-Grenze überschritten hat, und aus den Daten zur Entwicklung der studentischen Wohnformen wird deutlich, daß man/frau in stark wachsendem Maße als konkurrierende Nachfrager auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt auftreten. Nach einer Bilanz des gerade abgelaufenen UNO-Jahres für Menschen in Wohnungsnot stehen 26 Mill. bundesdeutscher Haushalte ein Angebot von 27,5 Mill. Wohnungen gegenüber. "Von mangelnder Versorgung kann keine Rede sein" (aus dem UNO-Bericht). Wohnungsnot kein Thema mehr?

Die Realität sieht ganz anders aus. Ein Blick auf die Angebotsseiten der gängigen Zeitungen, dagegen ein Blick auf die schwarzen Bretter der Universität zeigen ganz deutlich, wo der Ha-

ken liegt. Günstige kleine Wohnungen oder geräumige für WGs werden nicht angeboten. Teure Neubauwohnungen sind so

im Überfluß vorhanden, daß sie nur mit Mühe nach längerer Zeit des Leerstehens vermietet werden können. Zudem ermöglichen die von der Rechtskoalition CDU/CSU/FDP durchgesetzten Änderungen des Mietrechts die Anpassung gerade der wenigen preiswerten Altbau- mieten an die besonders für Studierende unbezahlbaren Neubaumieten. Studierende haben durch den zumeist geringen Zuschnitt des Unterhaltsbudgets und den berechtigten Wunsch nach Nähe zur Universität nur zu wenigen Abschnitten des Wohnungsmarktes Zugang, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß viele Vermieter nicht an Studierende vermieten wollen.

Die Situation des Wohnungsmarktes wird sich insoweit noch verschlimmern, als sich der Bund aus der Unterstützung des sozialen Mietwohnungsbaus zurückgezogen hat und die gesamte Problematik auf die verschuldeten Gemeinden und Länder abwälzt. Zur Verdeutlichung ein paar Zahlen: 1986 schrumpfte die Zahl der geförderten Wohnungen um 43 %; 1987 wurde die Zahl von 1986 schon nicht mehr erreicht. Nach einer Prophe- zehung der Gesellschaft für Wohnungs-

und Siedlungswesen wird der Bestand der Sozialwohnungen von 4 Mill. auf nur 1 Mill. absinken. Vor diesem Hinter- grund wird die Bonner Entscheidung, die Vorteile für gemeinnützige Wohnungsun- ternehmen zugunsten der Steuerreform 1990 zu kappen, noch gravierender.

Lösungsansätze müssen auf allen Ebenen umgesetzt werden. Der Bund muß den sozialen Wohnungs- bau wieder energisch beleben und auch Möglichkeiten schaffen, diese Wohnunger- man/frau zugänglich zu machen. Daneben ist das Mietrecht nach sozialen Ge- sichtspunkten zu gestalten, so muß z.B. die Staffelmiete wieder abgeschafft werden, die private Investitionen dazu veranlassen, wieder billigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Auf Landes- ebene muß der Wohnheimbau wieder ange- regert und so gestaltet werden, daß bei einem etwaigen Rückgang der Studieren- denzahlen die Wohnungen für Familien umgewidmet werden können. Das Studen- tenwerk muß in die Lage versetzt werden, bei Semesterbeginn flexibel und schnell Wohnraum anmieten zu können, Bürgschaf- ten oder Kauttionen zu übernehmen, um Studierenden bei einer schnelleren An- mietung behilflich zu sein.

Michael Siebr



Das politische Mandat - Knebel wider die freie Meinungsäußerung

Seit Organe der StudentInnenschaft die Linkswende vollzogen haben, wird ASten wie Fachschaften immer wieder zu unterschiedlichen Anlässen der Vorwurf gemacht, sie nähmen das sogenannte "allgemeinpolitische Mandat" wahr.

Wahr ist vielmehr, daß dieser Begriff von konservativen Hochschulbürokraten geschaffen wurde, um StudentInnen, die unliebsame Meinungen äußern, mundtot zu machen.

Als in den bundesdeutschen ASten noch die gute Burschenherrlichkeit regierte, wurden politische Stellungnahmen zur Wiedervereinigung Deutschlands natürlich nicht kritisiert.

Erst als Notstandsgesetze demokratische Prinzipien aushöhlen sollten, als ökologische Wahnsinnsprojekte wie die Startbahn West unseren Widerstand herausforderte, wurde den ASten das Wort verboten.

Dabei sind die Anlässe der kultusbürokratischen Kritik sehr unterschiedlich: Aufrufe zu Demonstrationen der Friedensbewegung gehören ebenso auf die Abschußliste wie Berichte über Menschenrechtsverletzungen oder gar Broschüren, die sich mit nationalsozialistischer Vergangenheitsbewältigung befassen.

Das Problem für die Arbeit der StudentInnen-schaft besteht nun darin, zwischen politischem Anspruch und juristischer Wirklichkeit zu vermitteln.

Unserer Ansicht nach ist diese Gratwanderung nicht mit einfachen Formeln "Wir machen, was wir wollen und der Kultusminister kann uns am Arsch lecken" zu meistern.

Wer wie die JUSO-Hochschulgruppe Politik nicht als Indoktrination versteht, sondern vielmehr als Prozeß der gesellschaftlichen Emanzipation, der Teilhabe an Entscheidungen und der Einflußnahme auf unsere gesellschaftliche, ökologische und ökonomische Welt, muß den Konflikt "politisches Mandat" differenzierter betrachten.

Wir JUSOs verstehen unsere wissenschaftliche und politische Arbeit an der Hochschule als wichtigen Bestandteil unseres Lebens. Von daher arbeiten wir in der Tat gegen den Trend, der die Uni als einen Ausbildungsort sieht, der möglichst schnell "durchlaufen" werden muß. Verschulung des Studiums, Zeit- und Raumnot, fehlende Wohnungen am Studienort, Übervolle, unpersönliche Lehrveranstaltungen, Konkurrenzdruck durch Prüfungsüberfrachtung kennzeichnen heute die Studiengänge an der THD.

Diese Bedingungen, wie wir sie an der Hochschule vorfinden, kommen nicht von ungefähr. Bildungseinrichtungen, und so wird die Hochschule von vielen verstanden, dienen in weiten Bereichen der bestehenden gesellschaftlichen Reproduktion.

Ausbildung für bestimmte Berufsbilder, Abhängigkeit der Studiengänge von wirtschaftlichen Entwicklungen, Anpassung an beruflichen

und gesellschaftlichen Leistungsdruck sind die Rahmenbedingungen, die die Hochschule beeinflussen.

Wer also die Studienbedingungen an der Uni kritisiert, kritisiert gleichzeitig ein bestimmtes Verständnis von Bildung und Ausbildung. Deshalb müssen StudentInnenschaften, wollen sie verantwortungsbewußt arbeiten, über den Tellerrand der Hochschulen hinaus schauen.

Wohnungsnot von StudentInnen kann doch nicht ernsthaft nur aus studentischer Sicht kritisiert werden.

Dazu gehört doch in Darmstadt auch die Kritik an der zweifelhaften Politik der gemeinnützigen Wohnungsbauvereine, die Millionen Rücklagen bilden, aber kaum neuen Wohnraum schaffen. Dazu gehört doch auch die Kritik am Maklerunwesen. Es ist doch nicht normal, daß wir als Mieter gezwungen werden, tausende von Mark zu berappen, für Wohnungen, die wir nicht einmal besichtigen konnten.

Abstrakt gesprochen: es geht um die Vermittlung zwischen unseren Interessen und der gesellschaftlichen Realität, die dem vielfach entgegen steht.

Die konservativen und liberalen Hochschulgruppen an der Technischen Hochschule Darmstadt wollen dem AStA das "politische Mandat", also die politische Sicht der Dinge, die Konflikte in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge einordnen will, entziehen.

Dabei ist die Argumentation von RCDS, UDS, LSD und wie sie alle heißen, unehrlich. Natürlich würden diese Gruppen, hätten sie politische Mehrheiten, auch zu allgemeinpolitischen Fragen Stellung beziehen. Dann aber in Form einer Gedenkkundgebung zum 17. Juni mit Fackelzug und Deutschlandhymne und nicht in Form einer Vollversammlung über die Folgen von Tschernobyl oder die Volkszählung.

Unehrllich ist die Argumentation also deshalb, weil das "politische Mandat" als Kampfbegriff gegen "linke" Politik benutzt wird.

Wenn diese Gruppen linke und fortschrittliche Politik, die Emanzipationsprozesse fördern will, durch konservative Politik, durch Bewahren und Erhalten von Ungleichheit ersetzen will, dann sollte das so gesagt werden.

Die JUSO-Hochschulgruppe hat sich vom Präsidenten der THD, vom Kultusminister oder dem Rechnungsprüfer noch nie den Mund verbieten lassen. Wir hatten während unserer zwölfjährigen AStA-Beteiligung wohl aber den Anspruch erhoben, studentische Politikfelder mitsolchen außerhalb der Hochschule zu verknüpfen.

Michael Siebel, JUSO-Hochschulgruppe

Was soll ein ZENTRUM für INTERDISZIPLINÄRE TECHNIKFORSCHUNG

und was tut es ... nicht ?

Da Technik immer mehr Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung, die Menschen und die Umwelt hat und wir dem **scheinbar** machtlos gegenüberstehen, liegt es nahe, Forschung zur Weiterentwicklung von Technik nicht blind und nach Disziplinen isoliert zu betreiben. Hinzukommen sollte auch die Reflexion und Forschung über die "Anlässe und Ziele, ... Bedingungen, ... (die) Entstehung, Weiterentwicklung und Auswirkung von Technik" (1). Dies alles wiederum müßte auch im Lehren und Lernen verankert werden, so daß z. B. IngenieurInnen es üben, weiterzudenken als bis zum inneren Funktionieren und der äußeren Funktionalität ihrer Konstrukte.

Solche und ähnliche Überlegungen führten einige Studentinnen und Studenten dazu, sich mit Technikforschung zu beschäftigen und an der Errichtung eines "Zentrums für interdisziplinäre Technikforschung" (ZIT) an der THD mitzuwirken. Dort sollen WissenschaftlerInnen aus den Bereichen der Natur-, der Ingenieur- und der Sozial- und Geisteswissenschaften **zusammenarbeiten**. Diese Initiative wurde dadurch erleichtert, daß das Land Hessen Mittel für Technikforschung bereitstellte, so daß sich auch auf ProfessorInnenSeite neben einigen wenigen Idealisten weitere Interessierte fanden.

Besagtes Zentrum wurde nach langer Vorarbeit vor ziemlich genau einem Jahr institutionalisiert. Dies geschah zunächst in Form eines Direktoriums, dessen ProfessorInnen (durch einen Coup des Präsidenten) aus dem Kreis der zu diesem Zeitpunkt bereits mit Finanzmitteln bedachten ForscherInnen benannt wurden. Zudem existiert eine GutachterInnen-Kommission, die seither zu den eingereichten Projektanträgen Bewiligungsvorschläge für die zuzuteilenden Mittel macht.

Zur ersten Arbeit des Direktoriums hätte die Einberufung einer Zentrumsversammlung und die Diskussion und Ausarbeitung einer Satzung des ZIT gehören müssen. (Zur Erläuterung: Offener Brief S. 9). Genau das aber wurde in inzwischen als typisch zu bezeichnender Verzögerungstaktik immer wieder hinausgeschoben. Der ProfessorInnen-Meinung, die studentischen Forderungen schadeten dem Zentrum, ist folgendes entgegenzuhalten:

Das (bis auf wenige Ausnahmen) mangelnde Engagement und die mangelnde Bereitschaft, sich in notwendigem Ausmaß mit Fragestellungen, Methoden und Zusammenhängen zu beschäftigen, die über das eigene Fach hinausgehen, die Angst vor vermuteten oder realen hochschulinternen Machtkonstellationen auf der einen, die Angst vor offenen Diskussionsprozessen mit etwa nicht konventionell abgesicherten Ergebnissen auf der anderen Seite sowie die dauerhaft konzeptionslose Wurstelei werden sich viel eher als Totengräber des ZIT erweisen. Wenn dann von ProfessorInnenSeite die Sorge um die Anerkennung der "Wissenschaftlichkeit" der eigenen interdisziplinären Arbeit als ein der wichtigsten Argumente fürs Zögern angeführt wird, kann das Theater, das dort gespielt wird, nur noch als reine Farce angesehen werden.

Ein Zentrum für interdisziplinäre Technikforschung könnte durch die Schaffung einer organisatorischen Infrastruktur und durch finanzielle Hilfestellungen ein gutes Mittel für sinnvolle interdisziplinäre Arbeit sein. Da wir dies beim ZIT aber nicht gewährleistet sehen, ziehen wir uns aus der Arbeit im Direktorium zurück. Nur zur Tischdekoration für professorale Macht-, Stellen- und Reputationspolitik zu dienen, dafür sind uns unsere Zeit und Energie zu schade. Das Thema Technikforschung bleibt aber weiterhin für uns wichtig. Die Arbeitsgruppe Technikforschung, die sich z. Z. aus acht StudentInnen aus den FBs 1, 2, 13 und 20 zusammensetzt, wird sich weiterhin mit Fragen der Technikentwicklung, ihren Bedingungen und Auswirkungen und mit erkenntnistheoretischen Fragestellungen beschäftigen.

Daß wir zunächst innerhalb der Arbeitsgruppe weiterarbeiten, bedeutet nicht, daß wir uns für alle Zeit selbstgenügsam zurückziehen. Die Angriffspunkte politischer Arbeit müssen nicht die der Gremien mit ihren derzeitigen Machtverhältnissen sein.

(1) Aus der Präambel des Gründungspapiers des ZIT.

Kontakt zur AG Technikforschung über:

Ralph, Tel. 423568

Brigitte, Tel. 76227

Offener Brief

An das Direktorium des Zentrums für interdisziplinäre
Technikforschung (ZIT)

Ich habe mich entschlossen, von meinem Platz als studentischer Vertreter im Direktorium des ZIT zurückzutreten, da ich keine Möglichkeit mehr sehe, studentische Interessen im engeren wie auch im weiteren Sinne in diesem Direktorium zu vertreten.

Folgendes dient zur Erläuterung meiner Einsicht.

Zur Frage der Satzung, auf deren Notwendigkeit die jeweiligen studentischen VertreterInnen schon frühzeitig hinwiesen, entwarfen wir in der studentischen Arbeitsgruppe Technikforschung nach Aufforderung des Direktoriums einen Vorschlag, der unserer Meinung nach wichtige Punkte enthielt: Ausbau des Zentrums zu einem Kommunikationsforum über Technikforschung, breiter Rückhalt des Zentrums in der Hochschulöffentlichkeit, Mitspracherechte der an Forschung und Lehre des ZIT Beteiligten mittels der Zentrumsversammlung. Weiterhin sollte in der Satzung der im Gründungspapier des ZIT versprochene zweite studentische Sitz im Direktorium festgeschrieben werden. Dieser Entwurf wurde mit der Einladung zur Direktoriumssitzung am 9. September 1988 verschickt. Er wurde jedoch nicht diskutiert, genausowenig wie der Entwurf von Frau Prof. Kohler-Koch, der zur gleichen Sitzung als Tischvorlage gebracht wurde, und der alle obengenannten Punkte nicht enthält. Da jedoch nun der Entwurf von Frau Prof. Kohler-Koch von der Geschäftsführenden Direktorin zur Ausformulierung an die Rechtsabteilung der THD geschickt wurde, fürchte ich, daß hiermit Fakten geschaffen werden, die jede Möglichkeit inhaltlicher Diskussion des Entwurfs zunichte machen. Dies dürfte jedoch nicht viel ausmachen, wenn man den Ausführungen eines professoralen Mitglieds des Direktoriums glaubt, der nach meiner Anfrage auf der letzten Sitzung, wann denn die wieder mal verschobene Satzungsdiskussion stattfinden solle, unwidersprochen äußerte, daß solche Papiere wie Satzungen o. ä. sowieso am besten "in die Schublade" gelegt werden sollten, da sich sowieso keiner daran zu halten gedenkt. Meiner Meinung nach verfehlt das Direktorium hier den Auftrag, auch für die nachfolgenden Generationen von Direktoriumsmitgliedern klare Leitfäden für die Struktur des Zentrums zu schaffen, oder sollte hiermit ein sonst sorgsam gehüteter Pessimismus zum Vorschein kommen, daß das Zentrum nicht über die Gründungsphase hinauskommt?

Auch die Diskussion um die ForscherInnen- bzw Zentrumsversammlung folgt dem gleichen Schema. Schon seit den ersten Sitzungen forderten die studentischen VertreterInnen die Wiedereinberufung der ForscherInnenversammlung, um den engen Kontakt zwischen Direktorium und den an Forschung und Lehre im ZIT Beteiligten zu gewährleisten und hiermit ein Diskussionsforum sowohl über die Technikforschung im allgemeinen wie auch die Arbeit des ZIT im speziellen zu ermöglichen. Dies wurde immer wieder verschoben, sodaß erst jetzt, über ein Jahr nach der konstituierenden ForscherInnenversammlung, für den 9. Dezember eine neue ForscherInnenversammlung angesetzt wurde. Leider ist das Programm dieser Versammlung jedoch mit Vorträgen und Berichten dicht besetzt, somit wird es kaum zu einer Diskussion der anwesenden ForscherInnen über die Möglichkeiten der Einbringung und

Weiterentwicklung ihrer Aktivitäten im Zentrum kommen. Ein von mir geforderter Termin für eine zweite ForscherInnenversammlung zu diesem Thema noch in diesem Semester wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Somit erscheint mir von zwei Seiten her der Sinn der ForscherInnenversammlung gefährdet zu sein: durch die lange Verzögerung, durch die ein Großteil des Interesses schon erlahmt sein dürfte, sowie durch die fehlende Diskussionsmöglichkeit. Ob diese auf künftigen Versammlungen gegeben sein wird, erscheint mir zweifelhaft. Vielmehr scheint sich hier im Direktorium eine merkwürdige Phobie vor der Meinung der forschenden KollegInnen bemerkbar zu machen.

Weiterhin wurde von unserer Seite immer wieder eine Diskussion gefordert über die im Gründungspapier verankerten Aufgaben des ZIT im Bereich der Lehre, das sind die Koordination der Lehre sowie die Entwicklung eines Kernlehrprogramms Technikforschung. Zu dieser Diskussion kam es jedoch auch nicht, stattdessen wurde von der Geschäftsführenden Direktorin bestritten, daß das Zentrum über die Koordination der Lehre hinausgehende Aufgaben habe.

Abschließend noch einige Bemerkungen zum Arbeitsstil des Direktoriums: Durch die Verzettelung in Formalitäten und selbstverschuldete Zeitzwänge sind Diskussionen um die wichtigen Punkte der Zentrumsarbeit meistens nicht möglich, da sie so lange verschoben werden, bis der Zeitdruck keine Alternative mehr übrigläßt. Vor allem mangelt es an einer ausführlichen inhaltlichen Diskussion.

Unklarheiten in der Protokollführung, die nicht durchgeführte Trennung von Aussagen Einzelner und Beschlüssen des Direktoriums führte zu folgender Regelung: "Zusammenfassung der Diskussionen durch die Sitzungsleitung gelten als beschlossen, wenn kein Widerspruch aus dem Kreis der Direktoriumsmitglieder erfolgt." (Auszug aus dem Protokoll der 15. Sitzung vom 17.10.1988). Trotzdem ist weiterhin nicht erkennbar, was Diskussionsbeitrag und was Zusammenfassung darstellt. Somit gibt es immer wieder Überraschungen, welche Aussagen im Protokoll zu stehen kommen. Persönliche Anfeindungen aus dem Kreis der professoralen Mitglieder kommen hinzu.

Vor diesem Hintergrund, daß von studentischer Seite keine inhaltlichen Gesichtspunkte eingebracht werden können, und da außerdem keine Gefahr besteht, das sich durch dieses Gremium unbemerkt Studienverschärfungen durchsetzen könnten, trete ich von meinem Amt zurück, ähnlich wie die Fachschaft des Fachbereiches 2, die bereits vor anderthalb Jahren die gleichen Konsequenzen gezogen hat.

Ralph Kern,
stud. Vertreter im ZIT

Die AG Technikforschung schließt sich dieser Erklärung an.

Yvonne Dittrich	Eva Hornecker	Arno Schatz
Brigitte Gotthold	Georg Mehlhart	Otmar Kraft

stoff

Seit einiger Zeit hat die Hochschule wieder etwas Geld für Bauzwecke. Auf der Lichtwiese sollen in den nächsten Jahren etliche Erweiterungsbauten entstehen, nachdem dort seit 10 Jahren nichts mehr entstanden ist.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Objekte:

- Ein Institutsgebäude für die anorganische Chemie (FB 8), die bisher im Eduard Zintl Institut in der Stadtmitte untergebracht war. Somit wäre dann die gesamte Chemie auf der Lichtwiese konzentriert.
- Ein Institutsgebäude für den noch zu gründenden neuen Fachbereich 21 (Materialwissenschaften).
- Der Neubau der Materialprüfungsanstalt (MPA), die sich bisher an der Grafenstrasse befindet und nunmehr mit den vorhandenen Flächen nicht mehr auskommt.
- Ferner sollen noch sogenannte Verfügungsgebäude entstehen. Das sind Objekte, die von der Industrie gemietet, und zur Forschung in Zusammenarbeit mit der THD (Drittmittelforschung) verwendet werden können.
- Des weiteren werden noch Hörsäle, Bibliotheksräume, Werkstätten u.a. benötigt.
- Noch unklar ist, ob in diesem Zusammenhang Bedarf an Wohnraum für Studenten gesehen wird und ob dieser auf der Lichtwiese befriedigt werden kann. Gelder stehen dafür zur Zeit (noch) nicht zur Verfügung.

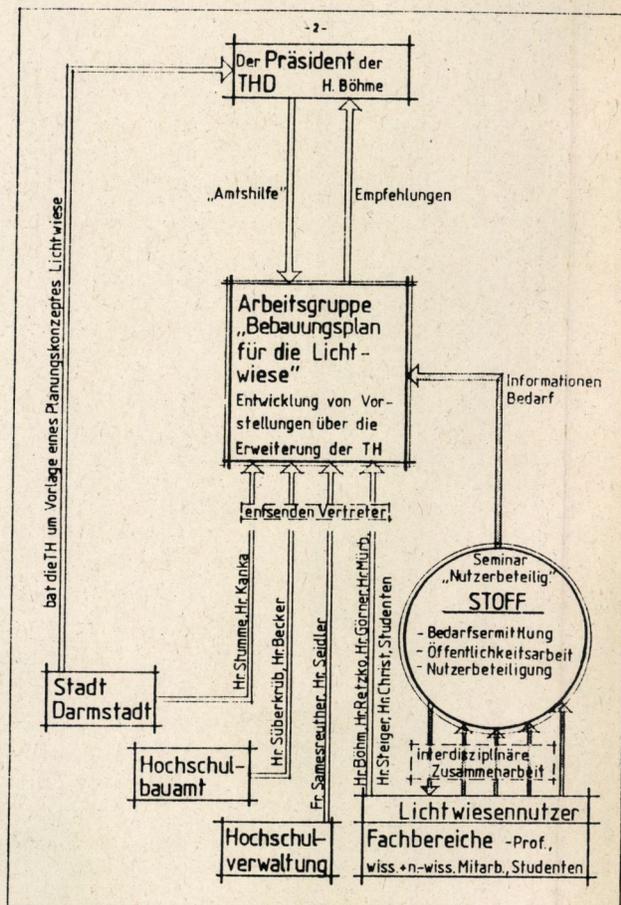
In diesem Zusammenhang wird die Frage der verkehrstechnischen Anbindung der Lichtwiese überdacht und möglicherweise eine stärkere Beteiligung des öffentlichen Personennahverkehrs vorgesehen, da mit der Vergrößerung des Bauvolumens auf der Lichtwiese, der Bedarf an Parkplätzen die Grenzen der Kapazität übersteigt.

Die Planung für dieses Gebiet hat inzwischen das staatliche Hochschulbauamt übernommen. Es wird beratend unterstützt durch die "Arbeitsgruppe Bebauungsplan für die Lichtwiese". In ihr befinden sich Professoren mehrerer Fachbereiche auf

der Lichtwiese, Vertreter der Stadt, des Hochschulbauamtes, der Hochschulverwaltung und der Studentenschaft.

Wir, die Seminargruppe "Nutzerbeteiligung", die sich am Fachgebiet Stadtplanung unter der Leitung von Prof. Görner gegründet hat, wollen dieses Projekt begleiten, da wir der Auffassung sind, dass diese Planung in Zusammenarbeit mit den Nutzern Gestalt annehmen kann. Wir setzen diese Arbeit dem dem konventionellen Planungsvorgang (Fachleute Entwerfen und heraus kommt ein Bebauungsplan, der wohl kritisiert, aber in diesem Stadium nicht mehr wesentlich verändert werden kann) entgegen.

Diese Planung wirft grundsätzliche Fragen für die Zukunft der gesamten Hochschule auf. Wollen wir eine stärkere Beteiligung der Industrie an der Hochschule? Wie wird der Verkehr auf der Lichtwiese und im Kernbereich in Zukunft aussehen? Können wir weiterhin eine bevorzugte Rolle des PKW akzeptieren? Brauchen



wir neuen zusätzlichen Wohnraum und wenn ja, dann auch auf der Lichtwiese? Wie wollen wir dort wohnen? Campus, Wohngemeinschaften...? Welche ökologischen und klimatologischen Konsequenzen hat eine weitere Bebauung der Lichtwiese?

Mit diesem Artikel in der ASTA - Zeitung möchten wir Euch, Studenten, die sich an einer Nutzerorientierten Planung beteiligen wollen ansprechen. Wir gehen davon aus, daß wir nicht den Bedarf und die Vorstellungen anderer Fachbereiche ermitteln können und wollen somit eine interdisziplinäre Projektgruppe initiieren. Diese soll nicht nur auf Studenten der Lichtwiese beschränkt sein, die sich womöglich nur ihrer Fachrichtung gemäss einbringen (Bauingenieure übernehmen den Verkehr, Biologen die Freiflächen). Unser Ziel ist vielmehr eine gemeinsame Arbeit an einem grossen fachübergreifenden Thema.

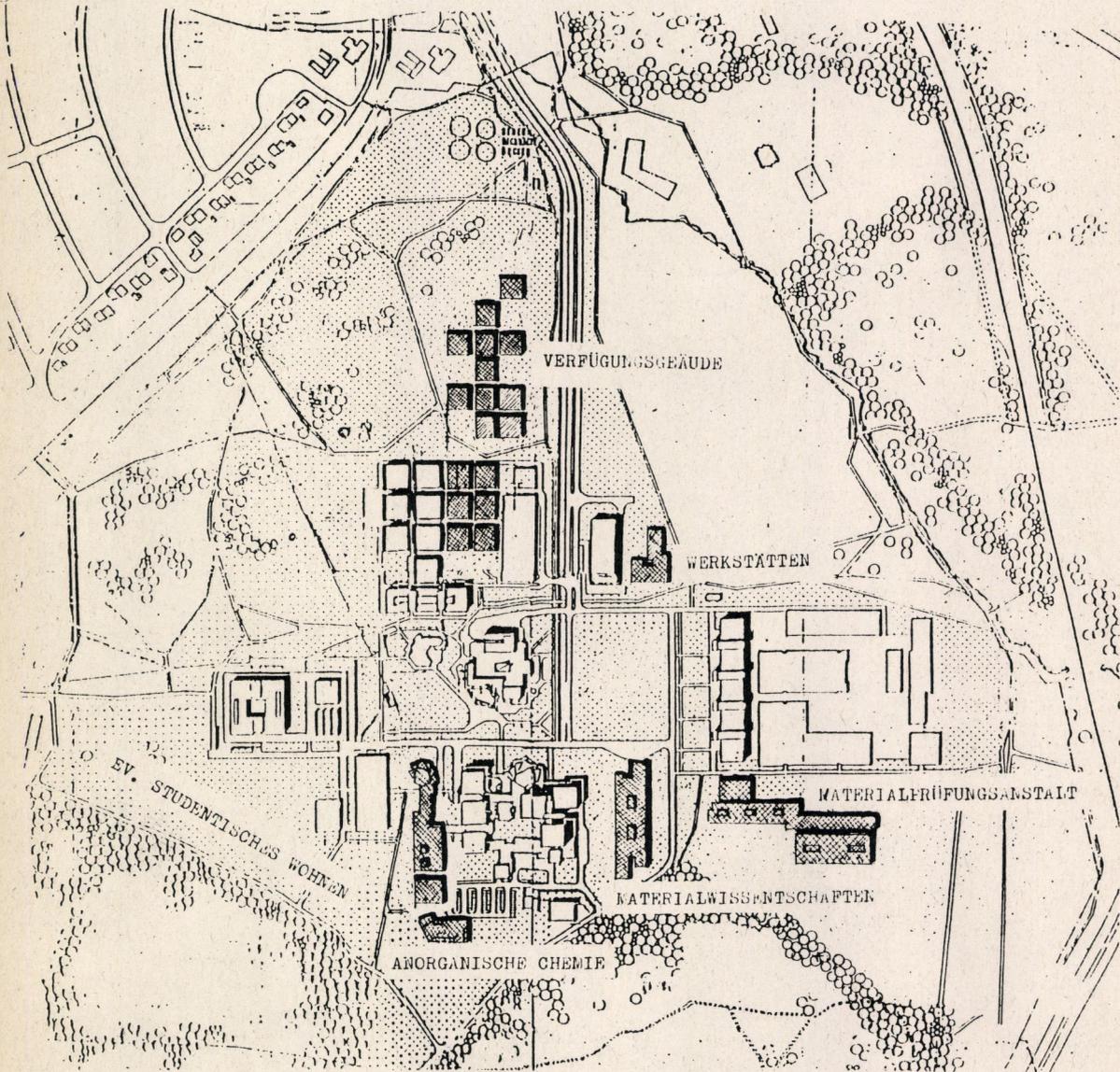
Wir wissen nicht, ob eine solche Arbeit an den verschiedenen Fachbereichen als Studienleistung gewertet werden kann. Darüber könnt ihr vielleicht besser Erfahrungen einbringen, hoffen aber daß nichtsdestotrotz Bereitschaft vorhanden ist, sich an einer solchen - sicher auch mit viel Gewinn für sich - zu gestalten-Arbeit zu beteiligen.

Interessenten mögen sich bitte an eine der folgenden Adressen wenden:

- Seminar "Nutzerbeteiligung - Interdisziplinäre Gruppe" z.Hd. Sabine Wegener, FG Stadt, Fachbereich 15
- Fachschaft Architektur, z. Hd. Karsten Körwer, Fachbereich 15 Tel. 16- 3817

oder direkt an:

- Andrea Illetschko 06151/ 84667
- Gerd Aldinger 06071/ 25167
- Suk-Won Park & Karsten Körwer 06151/ 311165





ASTA/TH-Darmstadt

Film-Reihe
1988

 **Filme**
aus der Sowjetunion
VON

Sergej M.

EISENSTEIN

IWAN
DER SCHRECKLICHE

Teil 1 Mittwoch 7. Dezember
Audi Max
Beginn: 19.30 Uhr

Iwan, der Großfürst von Moskau, wird zum Zaren gekrönt. Er ist siebzehn Jahre alt. Die fremden Botschafter sehen das Schauspiel mit spöttischer Ironie; die Bojaren, die russischen Adligen, mit finsterem Blick; Anastasia, die künftige Frau Iwans, mit Stolz. Da verkündet Iwan seinen Willen, der unabhängigen Herrschaft der Bojaren ein Ende zu machen, das russische Land in einer Hand zu vereinen und eine Armee zu gründen, zu der Kirche und Fürsten aus ihren Schätzen beisteuern sollen. Neben dem Zaren steht sein Jugendfreund und künftighin zweiter Mann im Staate, Prinz Kurbsky. Er sitzt auch neben dem Brautpaar während des Hochzeitsfestes. Iwan bemerkt nicht die Blicke, mit denen er auf Anastasia sieht. Draußen, unter dem Volk, schüren die Bojaren unterdessen Unruhe und streuen das Gerücht aus, der Zar sei von seiner Familie verhext worden. Eine erregte Volksmenge dringt in den Palast. Kurbsky will Iwan schützen, doch der Zar läßt die Menge näher kommen. Er zerstreut alle unvernünftige Angst vor Zauberei und Magie. Seine Rede gefällt dem Volk, das hier den Zaren ganz anders sieht, als ihn die Bojaren geschildert haben. Drei Boten des Khan der Tataren betreten den Palast. Sie melden den Bruch der Freundschaft, den Beginn des Krieges und fordern die Unterwerfung. Der junge Zar zeigt keine Furcht. Sein Ruf "Nach Kazan!" wird von dem Volk begeistert aufgenommen. Ein großes, mit schweren Kanonen ausgestattetes Heer zieht gegen Kazan. Während der Belagerung kommt es zum ersten Mal zu einer Auseinandersetzung zwischen Iwan und dem eifersüchtigen Kurbsky, der von ausländischen Botschaftern aufgehetzt ist. Der Felsen, auf dem sich Kazan erhebt, wird gesprengt. Kurbsky dringt als einer der ersten in die Stadt. Sein Mut trägt entscheidend zum Sieg bei. Es kränkt ihn, als er sehen muß, wie Iwan allein als der große Sieger von Kazan gefeiert wird.

Auf der Rückkehr von Kazan ist Iwan schwer erkrankt. Im Moskauer Palast bringt der Metropolit bereits die Sterbesakramente. Von seinem Bett aus fordert Iwan die versammelten Bojaren auf, den Schwur auf seinen kleinen Sohn Dimitri zu leisten. Doch vergebens fleht er sie an, die Fortsetzung seiner Politik und die Einheit des Reiches zu wahren. Seine Tante und erbit-

terte Feindin Euphrosine drängt die Bojaren zum Schwur auf ihren schwachsinnigen Sohn Wladimir, der ihnen alle Macht lassen wird. Kurbsky den Zaren bereits tot glaubend bestürmt Anastasia, an seiner Seite Zar in zu werden. Gerade noch rechtzeitig erfährt er, daß der Zar lebt. Zum Schein leistet er schnell den Schwur auf Dimitri. Der Zar, der darüber zukommt, hält ihn für sein getreuesten Gefolgsmann und macht ihn zum Anführer der Truppen, die den Kampf gegen die feindlichen Nachbarn im Westen führen sollen.

Euphrosine und der Metropolit werden zum Zentrum des Widerstandes der Bojaren. Der Metropolit will Iwan dort treffen, wo er am verwundbarsten ist: er fordert den Tod Anastasias. Euphrosine übernimmt die Ausführung der Tat. Iwans Heere sind in schwere Kämpfe im Westen des Reiches verwickelt. Er versucht, ein Bündnis mit England zustande zu bringen. Anastasia versucht, obwohl schwer erkrankt, ihm Mut zuzusprechen. Iwan reicht ihr einen Trank aus dem von Euphrosine heimlich zurechtgestellten Becher mit Gift.

In tiefer Niedergeschlagenheit kniet Iwan am Sarg seiner Frau. Er verzweifelt am Sinn seines ganzen Tun und Handelns. Da trifft die Nachricht ein, daß seine Truppen bei Neval geschlagen sind und Prinz Kurbsky zum Verräter geworden ist: mit Teilen des Heeres ist er zum König von Polen überlaufen, um sich mit dessen Hilfe selbst zum Zaren zu machen. Iwan beschließt, scheinbar resignierend, Moskau zu verlassen und auf ein hundert Meilen entferntes Schloß in Alexandrow zu ziehen. Wenn das Volk von Moskau ihn zur Rückkehr ruft will er dieser Aufforderung den Willen Gottes lesen und den Kampf gestützt allein auf das Volk und seine Leibgarde fortsetzen.

In Alexandrow wartet der Zar ungeduldig auf den Ausgang der Probe. Da nähert sich über die Schneefelder eine lange Prozession: das Volk von Moskau, das seine Rückkehr verlangt. Iwan gibt den Befehl zum Aufbruch in seine Hauptstadt.

IWAN
DER SCHRECKLICHE
Teil 2 Mittwoch 14. Dezember

UNTER MEXIKOS SONNE
Montag 19. Dezember

Eine nationale Aufgabe

Eine Aufgabe von nationalen Rang, die alle in gleicher Weise ideell und materiell verpflichtete, machte Kanzler Kohl aus. Minister Genscher kennt nur noch Deutsche. In der Bild am Sonntag ruft er Gewerkschaften und Arbeitgeber, Kirchen, Jugendorganisationen, Parteien und Vereine zu einer großen nationalen Anstrengung.

Man wird es schon erraten haben, es geht um die Aussiedler. Was sind die Hintergründe dieser Einwanderung in die BRD? Welche Interessen verfolgen Staat und Unternehmer mit der Aufnahme der Aussiedler? Lassen wir zunächst einmal das nationalistische Propagandagerassel beiseite und werfen einen nüchternen Blick auf die Tatsachen.

Seit 1950 kamen jährlich etwa 40.000 Aussiedler in die BRD. Ab 1984 ist ein stetiges Ansteigen der Zahlen zu verzeichnen. 1987 betrug die Zahl der Aussiedler 86.000 und für dieses Jahr wird mit 200.000 Aussiedlern gerechnet. Die Bundesregierung erwartet auch in den nächsten Jahren vergleichbar hohe Zahlen. Die Hauptherkunftsländer der Aussiedler sind die VR Polen, die UdSSR und Rumänien.

In der öffentlichen Diskussion über die Aussiedlereinwanderung findet ein Gesichtspunkt nur eine untergeordnete Beachtung, der aber nichtsdestotrotz der bedeutendste ist: die Rolle der Aussiedler als Arbeitskräfte für Industrie und Wirtschaft.

Die Alters- und Berufsstruktur ist ganz nach den Wünschen der Unternehmer: Von den 1987 registrierten Aussiedlern waren 39% unter 25 und 37% zwischen 25 und 45 Jahren alt. Das Bundesinnenministerium merkt dazu fast schon enthusiastisch an: "Für 1988 ist eine eher noch günstigere Altersstruktur anzunehmen. Das heißt rund 90% aller Aussiedler sind Jugendliche oder stehen im arbeitsfähigen Alter."

Bei den durch die Aussiedler ausgeübten Berufen überwiegen industrielle und Handwerksberufe (50%), insbesondere aus dem Metall- und Elektrobereich (ca.25%). Ein weiterer Punkt verstärkt die Begeisterung bürgerlicher Politiker über die Aussiedler: CSU-Landtagsabgeordneter Glück sieht die Aussiedler als außerordentlich arbeits- und leistungswillig. Zusammenfassend stellt die Dresdener Bank dann auch fest, daß die Aussiedler dazu beitragen, den Wohlstand der Dresdener Bank zu mehren.

Man könnte nun einwenden, angesichts von Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit bestehe bei den Unternehmern überhaupt kein Interesse an zusätzlichen Arbeitskräften. Diese Idee geht jedoch von einer falschen Vorstellung des Arbeitsmarktes aus. So besteht trotz der ökonomischen Krise, auf einzelnen Sektoren des Arbeitsmarktes Arbeitskräftemangel. Das immer wiederkehrende Gejammer der Unternehmer über den Facharbeitermangel ist ein Beleg hierfür. Darüberhinaus hat ein weiterer Aspekt zentrale Bedeutung. Vollbeschäftigung ist spätestens seit Ende der 70er Jahre kein Ziel bürgerlicher Politik mehr. Mit Hilfe der industriellen Reservearmee der Arbeitslosen soll auf die noch beschäftigten Arbeiter Druck ausgeübt werden, um diese zu disziplinieren. Die Unternehmer haben also durchaus ein Interesse an einer gewissen Arbeitslosigkeit.

Besonders zu einem Zeitpunkt wie heute, an dem von Kapitaleseite versucht wird, eine umfassende Umstrukturierung der Arbeitsbedingungen durchzusetzen, um höhere Profite zu erwirtschaften, muß massiver Druck auf die Lohnabhängigen ausgeübt werden. Denn die Diskussionen über Sonntagsarbeit, längere Maschinenlaufzeiten und Flexibilisierung zeigen, daß diese Veränderungen nur gegen großen Widerstand durchzusetzen sind.

In diesem Zusammenhang ist es offensichtlich, daß das Milliardenprogramm der Bundesregierung zur Eingliederung der Aussiedler keine mildtätige Gabe oder gar eine Bevorteilung der Aussiedler darstellt, sondern dem Interesse der Unternehmer dient und deshalb von ihren politischen Vertretern auch durchgesetzt wird.

Die Aufgabe einer Opposition wäre es nun, auf diese Zusammenhänge hinzuweisen. Stattdessen beschränken sich SPD und Grüne auf eine rein technische Debatte. Die Maßnahmen der Bundesregierung werden als unzureichend kritisiert, und die Bundesregierung habe sich wieder einmal als unfähig erwiesen.



Selbstverständlich ergreift die Bundesregierung bereitwillig die Gelegenheit, im Zusammenhang mit den Aussiedlern eine ausgesprochen nationalistische Kampagne zu entfachen. Unter Berufung auf das Grundgesetz und das Bundesvertriebenengesetz wird erneut der Unterschied zwischen Deutschen und Ausländern festgestellt. So wird dann auch begründet, Grundrechte wie Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Freizügigkeit oder Berufsfreiheit nur Deutschen zu gewähren. Mit dieser legalistischen Argumentation versucht die Bundesregierung, die wirklichen Motive ihrer Aussiedlerpolitik (nämlich Vergrößerung der industriellen Reservearmee) zu verschleiern.

Darüberhinaus eröffnet die Aussiedler-einwanderung Staat und Parteien die Möglichkeit, die angeblich offene "deutsche Frage" wieder ins Gespräch zu bringen und auf die leider momentan unter polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung stehenden "deutschen" Gebiete hinzuweisen. So soll die Bevölkerung auf eine wachsende wirtschaftliche und politische Rolle der BRD in Osteuropa vorbereitet werden. Der von einem deutschen Bankenconsortium vergebene Milliardenkredit an die UdSSR oder die ausführliche Diskussion über eine autonome Republik der "Wolgadeutschen" unterstreichen dies.

Aber trotz der Kampagne der Bundesregierung ist die Aufnahme der Aussiedler in der BRD alles andere als herzlich. Die Aussiedler werden so ein Opfer der rassistischen Propaganda von Staat und Parteien, die jahrelang der Bevölkerung einzuhämmern versuchte, es lebten zu viele Fremde in der BRD. Wie Flüchtlinge auch werden Aussiedler in Lagern zusammengepfercht. Insbesondere Aussiedler aus Polen finden teilweise noch nicht einmal Aufnahme in diesen Lagern und müssen daher in Autos, Zelten oder auf Parkbänken schlafen.

Aussiedler, die in Berlin in einer ehemaligen Polizeikaserne leben müssen beschreiben in einem offenen Brief ihre Lage so: "Die Verhältnisse in unserem Heim sind oft menschenunwürdig, denn statt der ursprünglich vorgesehenen 150 Insassen leben jetzt bald 200 hier.

Viele wohnen auf einer Fläche von weniger als sechs Quadratmetern pro Person. Manchmal empfinden wir uns als unwillkommene Gäste, als Eindringlinge. Uns schlägt Ausländerfeindlichkeit entgegen. Wir hatten mit Maklern zu tun, die von vorneherein sagten, Ausländer, also wir, die wir alle 'irgendeinen Akzent' haben seien unerwünscht. Selbst Angestellte von Wohnungsgesellschaften haben uns gefragt, weshalb wir überhaupt herkämen."

So richtet sich der alltägliche Rassismus also auch gegen Aussiedler. Gewisse Politiker versuchen, davon zu profitieren. Oskar Lafontaine spielte auf perfide Art und Weise Aussiedler und Flüchtlinge gegeneinander aus. CDU-MdF Heinrich Lummer forderte Aussiedlern den Aufenthalt zu verweigern, die nicht zweifelsfrei die deutsche Staatsangehörigkeit nachweisen können. Er behauptete, die Aussiedler aus Polen könnten als einziges nachweisen, daß sie mal einen deutschen Schäferhund hatten. Der Präsident des deutschen Städtetags, Hannovers SPD-Oberbürgermeister Schmalstieg sprach sich dafür aus, "den Zustrom von Aussiedlern zu bremsen." In vielen Städten gebe es bereits eine akute Wohnungsnot. Wie bisher schon die Ausländer werden jetzt auch die Aussiedler für die Unzulänglichkeiten des kapitalistischen Wirtschaftssystems verantwortlich gemacht. Die Aussiedler eignen sich also auch vortrefflich dazu, die wahren Verhältnisse innerhalb dieser Gesellschaft zu verschleiern.

Es erweist sich als offenkundig, daß angesichts des alltäglichen Rassismus die Aufnahme und Behandlung der Aussiedler nur die schon bestehende Spaltung der Arbeiterschaft verstärkt. Eine Spaltung, die einzig Staat und Unternehmern nützt. Aufgabe einer Linken, die diese Bezeichnung verdiente, wäre es, dieser Spaltung entgegenzuwirken und die materiellen Interessen hinter der Regierungspropaganda deutlich zu machen.

Stattdessen wird von einem Großteil der linken Organisationen eine ziel- und planlose Politik betrieben. Die Fixierung auf die nationalistische Propaganda der Bundesregierung führt zu einer Ablehnung der Aussiedler selbst. So wird ein weiteres Mal die Chance zu gemeinsamen Handeln aller arbeitenden Menschen gegenüber Staat und Unternehmern verspielt.

Eure Seite

Zum Austritt aus dem ZIT im besonderen (s. S. 8/9)
und zum Aufhören im allgemeinen ... (s. S. 3)

- frei nach Heinrich Heine -

Im düstern Auge keine Träne.
Wir sitzen am Tische und beißen die Zähne
zusammen, wie wir's lang gewohnt.
Und kaum je mit Erfolg belohnt.

Ertragen. Ertragen?

Ein Fluch der scheinbaren Demokratie.
Uns durchzusetzen gelingt uns fast nie.
Von "den Verhältnissen" werden wir matt.
Somit ist schon klar, wer gewonnen hat.

Mal wieder, mal wieder.

Ein Fluch dem "Sachzwang" und denen, die sagen:
"Das alles hier müßt ihr eben ertragen.
Andres weder denkbar noch möglich ist,
und wehe sei der, die darauf vergißt!"

Sich fügen. Sich fügen?

Ein Fluch den laschen Funktionären.
Die können wir wirklich sehr gut entbehren;
die einiges tun,
doch nicht wissen wozu.

Entmachten, entmachten!

Nach Resignieren soll all das nicht klingen.
Nur - sich in Mehrheitsmacht zu zwingen
ist nicht einzusehn,
wo es eh' sinnlos ist.

brigitte

Hiermit fordere ich, fordern zu koennen, was ich fordern will.
Von mir aus koennt Ihr fordern, fordern zu koennen, was Ihr
fordern wollt, was Ihr fuer forderungswert haltet, oder auch nicht.
Deshalb fordere ich, dass ich nicht fordern darf, was Ihr
zu fordern forderungswert oder auch nicht forderungswert fordert,
und dass Ihr nicht forderungswert haltet, was ich zu fordern fordere,
wert oder auch nicht forderungswert fordere. Und ausserdem fordere
ich auch nicht, dass meine Forderungen forderungswert sind !!!
(frei nach Norbert v. i/o) Dieter

Und uebrigens:

Standards sind eine wirklich nuetzliche Sache.
---- Jeder sollte einen haben ----
Dieter

ARBEITSGRUPPE ZU GEN- U. REPRODUKTIONS- TECHNIK



- Wo fängt Gentechnologie an ?
- In welchen Bereichen wird Gentechnik angewand ?
- Was steckt politisch und wirtschaftlich hinter Gentechnologie ?
- Wie wird die Akzeptanz zu diesen neuen Technologien hergestellt ?
- Wo wird an der TH-Darmstadt in diesen Bereichen geforscht ?

Dies sind Fragen, die wir in der neu gegründeten Arbeitsgruppe angehen wollen. Da wir denken, daß das Thema Gentechnologie Frauen als auch Männer angeht, haben wir uns zu einem gemischten Arbeitskreis entschlossen. Wir treffen uns alle zwei Wochen, Montags um 18.30 Uhr im Frauenreferat im ASTA. Nächster Termin ist MONTAG der 28.11.1988.

Wer Lust hat mitzuarbeiten ist herzlich eingeladen.